

Entschließungsantrag **der Fraktion DIE GRÜNEN**

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/6073 —

Energiebericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

den Betrieb der Hanauer Atombetriebe ALKEM, RBU und NUKEM zumindest bis zur endgültigen Klärung der Vorgänge, die z. Z. Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlung und Anklageerhebung sind, zu untersagen.

Bonn, den 3. Oktober 1986

Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

Verschiedene Rechtsgutachten und die angekündigte Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Hanau gegen führende Manager der Hanauer Atomfabriken und Verantwortliche im Hessischen Wirtschaftsministerium belegen den Verdacht des illegalen Betriebs von Atomanlagen in Hanau.

Atomanlagen, die illegal betrieben werden, dürfen nicht länger staatlicherseits gefördert werden, sondern sind unverzüglich stillzulegen.

